

Niederschrift

über die Sitzung des Rates am Dienstag, dem 05. Februar 2008, in den Konferenzräumen des Haus der Insel.

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17.30 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18.05 Uhr
Beginn der öffentlichen Sitzung: 18.10 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 20.15 Uhr

Anwesende Ratsmitglieder:

RV Bakker-Dinkla
RM Aldegarmann
RM Budde
RM Harms
BG Ennen
BG Meyer
RM Moroni
RM Onnen, J
2. stv. BM/stv. RV Plavenieks
RM Pohl
1. stv. BM Rass
RM Stange
RM Terfehr
BG Visser
BG Vollmer
RM Wehlage

Von der Verwaltung:

AV Ulrichs
StAR Karow
Verw.- Ang. Müller für die Niederschrift

Entschuldigt fehlt:

BM Salverius
RM Nüchter
RM Onnen, B.

Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 1. – 7. wurden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

8. Eröffnung der öffentlichen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
Ratsvorsitzende Bakker-Dinkla eröffnet die öffentliche Sitzung, stellt die die ordnungsgemäße Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.
9. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Ratssitzung am 06.11.2007 sowie am 17.12.2007
Die Niederschrift über die öffentliche Ratssitzung am 06.11.2007 wird einstimmig genehmigt. Die Niederschrift vom 17.12.2007 wurde noch nicht fertig gestellt.
10. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
AV Ulrichs gibt die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt.
11. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt
Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift in der Anlage beigefügt.
RM Moroni hält es für ein „starkes Stück“, was AV Ulrichs über die FWN und auch über ihn in seinem Bericht gesagt habe. Es sei logisch, wenn von einer Seite das Recht gebeugt werde, dass man sich dann zur Wehr setze. Man lebe in einem Rechtsstaat und gegen Rechtsbeuger müsse man vorgehen. Laut AV Ulrichs hätten Mitglieder der FWN Kontakt zu Herrn Dr. Jensen. Dann müsse AV Ulrichs hier und heute Ross und Reiter nennen, wer mit Dr. Jensen Kontakt habe. Mit diesen Verdächtigungen sei das Miteinander wieder vorbei und das Strafrecht trete wieder in Erscheinung. Man lasse sich nicht in eine Ecke drängen, als wenn die FWN ihre Verschwiegenheitspflichten verletze. Die FWN habe keinen Kontakt, zumindest nicht er und nach dem, was seine Mitstreiter hier sagen würden, diese auch nicht. Deshalb fordere er AV Ulrichs auf, denjenigen zu nennen, der den Kontakt hat und wer hier die Verschwiegenheit verletzte.
AV Ulrichs verbittet sich den Ton von RM Moroni, er habe seinen Bericht hier sehr sachlich vorgetragen und erwarte das auch von RM Moroni. RM Moroni erwidert, dass er das nicht mache, wenn er einfach beschuldigt werde. AV Ulrichs erklärt, dass er ihn nicht einfach beschuldige. Es gehe jetzt schon seit Monaten so. Man habe diese Problematik mehrfach thematisiert und immer wieder darauf hingewiesen. Man habe gerade wegen dieser Verletzung der Verschwiegenheitspflicht genug Probleme und bösen Schriftverkehr gehabt. Herr Dr. Jensen habe direkt gesagt, dass er mit RM Moroni Kontakt habe und RM Moroni dort schon oft angerufen habe.
RM Moroni erklärt, dass es sich um eine Lüge handele. Er habe überhaupt keinen Kontakt mit Dr. Jensen und

auch nie gehabt. AV Ulrichs erklärt, dass er in einer Sitzung Informationen gestreut habe und der Teilnehmerkreis sehr überschaubar war. Er könne von vier Leuten drei ausschließen. Dann bleibe nur einer über. Er habe überhaupt keinen Zweifel daran. RM Moroni erklärt, dass dann AV Ulrichs die Beweise auf den Tisch legen müsse. Er werde strafrechtlich dagegen vorgehen.

RM Harms fragt, welche Einflussmöglichkeiten die Stadt habe, bei der Erhaltung des Altenheimes mitzuwirken. AV Ulrichs führt aus, dass nach seiner Kenntnis Frau Keuthen keine Planungen hinsichtlich einer Schließung habe. Zudem sei nach der Vertragslage eine Schließung nicht ohne weiteres möglich. Es sei ein Heimfallrecht vereinbart worden. Es müsse dort altengerechtes Wohnen vorgehalten werden.

12. Kenntnisnahme vom Prüfungsbericht des Landkreises Aurich über die Prüfung der Jahresrechnung 2006 der Stadt Norderney. Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2006 und über die Entlastung des Bürgermeisters

RM Aldegarmann nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

AV Ulrichs weist auf Seite 26 des Prüfungsberichts hin. Dort sei der Rückfall des Hotelgrundstücks an das Land falsch dargestellt. Das werde dem Rechnungsprüfungsamt mitgeteilt.

RM Wehlage meint, dass die Kostenentwicklung beim Kindergarten nicht zufrieden stellend sei und eine Budgetierung eingeführt werden sollte. StAR Karow sagt zu, dass dieses Thema im Kindergartenbeirat angesprochen werde.

RM Wehlage fragt, wann die Zweitwohnungssteuer in diesem Jahr eingezogen wurde. StAR Karow erläutert, dass es noch Klärungsbedarf gab. Die Bescheide würden zum 15.02.2008 versandt.

BG Ennen stellt fest, dass sich meisten Anmerkungen erledigt hätten. Der Hinweis zum vollständigen Abriss des Kurmittelhauses schein ihm nicht sinnvoll.

BG Vollmer meint, dass man das Kurmittelhaus noch gut hätte gebrauchen können z. B. für die Bücherei. Eine Mitschuld, an den hier entstandenen Kosten trügen auch die Fraktionsvorsitzenden der vorherigen Ratsperiode. Man müsse jetzt damit so vernünftig umgehen, dass es zu keinem größeren Schaden komme.

Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 2 Enthaltungen und 13 Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Norderney nimmt Kenntnis vom Prüfungsbericht des Landkreises Aurich über die Prüfung der Jahresrechnung 2006.

Der Antrag von RM Harms über die alte und die neue Ratsperiode getrennt abzustimmen, wird mit 3 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 4 Enthaltungen und 11 Ja-Stimmen folgender Beschluss gefasst: Der Rat der Stadt Norderney beschließt über die Jahresrechnung und erteilt dem Bürgermeister gem. § 101 Abs. 1 NGO Entlastung.

13. Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2008

Die Reden von AV Ulrichs, BG Visser sowie von RM Wehlage sind der Niederschrift in der Anlage beigelegt. RM Moroni meint, dass die Kurbeitragssatzung qualitativ nicht gut sei. Finanziell hätte man dort zu anderen Regelungen kommen können. Die Bürger hätten besser beteiligt werden müssen. Hinsichtlich des Fünf-Sterne-Hotels habe die FWN persönliche Konsequenzen gefordert. Mit dieser Forderung sei man leider nicht durchgedrungen. Weiterhin habe man das Problem des Ausverkaufs von Wohnraum auf der Insel aufgegriffen. Die Gesellschafterversammlung habe für die WBN eine Verlegung zum Kurplatz richtigerweise abgelehnt, weil dieses unwirtschaftlich gewesen wäre. Es müsse langfristig insgesamt mehr an den Strukturen gearbeitet werden.

BG Ennen führt aus, dass man einer Erhöhung des Kurbeitrages nicht zustimmen könne. Es sei ein struktureller Fehlbetrag vorhanden sei. Man hätte zudem erhebliche Kosten sparen können, wenn die TDN am Standort Wasserturm geblieben wäre. Die Stellenausschreibungen würden ebenfalls zu erhöhten Ausgaben im Verwaltungshaushalt führen, daher könne man dem Haushalt insgesamt nicht zustimmen.

Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 13 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008, dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie dem Wirtschaftsplan der TDN einschließlich des Investitionsprogramms für die Haushaltsjahre 2007 bis 2011 wird zugestimmt. Die Finanzplanungsdaten bis 2011 werden zur Kenntnis genommen. Dem Stellenplan wird zugestimmt.

14. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. VE 59 „Düsseldorfer Hof“

a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen

b) Satzungsbeschluss

BG Ennen nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

1. stv. BM Rass führt aus, dass die Grünen nichts dagegen hätten, wenn die Löhne dort bliebe. AV Ulrichs betont, dass Löhnen in diesem Bereich nicht typisch seien; man wolle zu einer geschlossenen Bauweise kommen. Diese Löhne werde auch schon lange nicht mehr genutzt.

2. stv. BM Plavenieks fragt, ob das Thema Brandschutz für das Gebäude dort geprüft wurde. AV Ulrichs meint, dass der Zugang für die Feuerwehr gesichert sei. Auf weitere Nachfrage von 2. stv. Plavenieks führt AV Ulrichs aus, dass im Flächennutzungsplan eine Geschossflächenzahl von 1,6 genannt

sei. Beantragt werde aber eine Geschossflächenzahl von 2,4. AV Ulrichs führt aus, dass eine Prüfung vom Landkreis vorgenommen wurde. Er könne dazu im Moment nichts sagen. Er werde das abklären und beantworten.

RM Moroni spricht den Hinweis auf die Fremdenverkehrssatzung unter Punkt. 6.2.4 an. AV Ulrichs erklärt, dass dieser Hinweis herausgenommen werde. Das sei nach Rücksprache mit dem Landkreis unproblematisch.

Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden Beschluss:

- a) **Die während der Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanentwurfes Nr. VE 59 „Düsseldorfer Hof“ vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen und privaten Belange werden gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) untereinander und gegeneinander abgewogen. Die Zusammenstellung (Anlage) ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- b) **Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bausatzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 28.10.2006 (Nds. GVBl. S. 473) – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. VE 59 „Düsseldorfer Hof“ mit der dazugehörigen Begründung vom Rat der Stadt Norderney als Satzung beschlossen.**

Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen, der Begründung, den Bauzeichnungen und der Baubeschreibung.

15. Mitteilungen der Verwaltung
Keine

16. Anträge und Anfragen

- a) RM Stange fragt, fragt wann die Öffnung der Verkehrszonen 1 und 2 erfolgen werde. Er fragt weiterhin, was der Landkreis zur Minimallösung am Onnen-Visser-Platz sage. AV Ulrichs antwortet, dass die Verkehrszonenöffnung zum 15.03.08 erfolge. Mit dem Landkreis seien die Planungen abgestimmt.
- b) RM Harms meint, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr sehr selten tage. Im letzten Jahr sei in diesem Ausschuss noch über die Verkehrssperre beraten worden. AV Ulrichs erläutert, dass eine gewisse Vorlaufzeit für die Erstellung der Bescheide benötigt werde. Es hätten keine weiteren Punkte für eine WTV-Ausschusssitzung vorgelegen. Daher habe man den Punkt zum Verwaltungsausschuss gegeben.
- c) BG Vollmer erkundigt sich nach dem Sachstand zum Thema Café Cornelius. AV Ulrichs erläutert, dass in den nächsten Tagen mit den Bauarbeiten angefangen werde. Den ursprünglichen Zeitplan werde man wohl nicht halten können. Die Verzögerung sei u. a. auch verursacht durch ausstehende Genehmigungen anderer Behörden.
- d) Auf Nachfrage von BG Vollmer erklärt AV Ulrichs, dass die Halfpipe von der Stadt zurückgegeben wurde. Man sei vom Vertrag mit Herrn Heitmann zurückgetreten und müsse sich noch hinsichtlich einer Ausgleichszahlung für die Nutzung einigen. Die Anlage sei im Moment eingelagert.
- e) BG Vollmer fragt nach den Planungen für die ehemalige Reithalle Visser. AV Ulrichs antwortet, dass es hierfür Interessenten gebe, die dort einen Schmetterlingspark betreiben wollten. Die Anbieter sollen zwecks Vorstellung ihrer Planungen zu einer Sitzung des Aufsichtsrates des Staatsbades eingeladen werden.
- f) BG Vollmer erkundigt sich nach dem Sachstand zum Fünf-Sterne-Hotel. AV Ulrichs erläutert, dass derzeit die vertragliche Basis mit der Tenkhoff Gruppe, Berlin, ausgearbeitet werde.
- g) BG Vollmer meint, dass in den Weihnachtsferien ohne die Verkehrssperre sehr viel Verkehr in der Stadt gewesen sei. In dieser Zeit hätten sehr viele Autos falsch geparkt. Er fragt, ob bei der Verteilung der Strafzettel mit „Handhelds“ gearbeitet werde. AV Ulrichs erläutert, dass vor eineinhalb Jahren eine neue Software angeschafft wurde. Auf „Handhelds“ habe man verzichtet, weil der finanzielle Aufwand im Verhältnis zu groß gewesen wäre. Er sehe die Probleme mit dem ruhenden Verkehr auch, aber der Vollzugsbeamte könne nicht überall gleichzeitig sein. Für das nächste Jahr seien Mittel für einen weiteren Vollzugsbeamten im Haushalt eingestellt worden. Auf Nachfrage von RM Harms erklärt AV Ulrichs, dass es bei den Strafzetteln Lieferschwierigkeiten gab, obwohl man Wochen vorab bestellt hatte.
- h) RM Budde fragt nach dem Sachstand hinsichtlich des Bebauungsplans für den Bereich des Kinderheims „Füertorn“. AV Ulrichs berichtet, dass die Änderung des Bebauungsplanes im letzten Sommer vom Verwaltungsausschuss beschlossen worden sei. Die Initiatorin des Kinderheims sei aufgefordert worden, sich an ein Planungsbüro zu wenden. Sie arbeite im Moment an dem Thema.

17. Einwohnerfragestunde

- a) Herr Rass berichtet, dass er den Abstand in der Löhne zwischen beiden Hauptgebäuden beim Düsseldorfer Hof gemessen hätte. Der Abstand betrug 1,04 cm. Diese betreffe nicht den Bereich der Veranda. Hier sei der Abstand geringer.
- b) Herr Jentsch fragt, welchen Kontakt BG Ennen zu Herrn Dr. Jensen habe, weil dieser laut einem Bericht der Norderneyer Rundschau bei einem Besuch der Redaktion ebenfalls dort anwesend gewesen sei. BG Ennen antwortet, dass er ebenso wie die Redaktion der Norderneyer Rundschau vor ca. 2 Jahren von Dr. Jensen eingeladen war.
- c) Herr Sauerbrey fragt, ob die Öffnung der Gartenstraße sinnvoll sei. In der Norderneyer Badezeitung sei von einem schlechten Zustand der Straße berichtet worden. Er verweist auf mögliche Schäden an den Gebäuden und fragt, ob ein Wertsicherungsverfahren durchgeführt werde und wer für mögliche Schäden aufkomme. AV Ulrichs erläutert, dass das neue Verkehrskonzept ohne Einbeziehung der Gartenstraße nicht umsetzbar sei. Es gebe viele alte Straßen und alte Gebäude auf Norderney. Man habe keine Sorge, dass die Straße zusammenbrechen werde. Wenn es Versackungen gebe, werde man darauf reagieren.
1. stv. BM Rass betont, dass die Grünen aus diesem Grund nicht für die Öffnung der Gartenstraße gewesen seien. Sie betont, dass die derzeit geplante Verkehrszonenöffnung ein Versuch sei. Eventuell könne man dort eine Gewichtsbeschränkung vornehmen. RM Terfehr meint, dass es nicht gut sei, wenn Gruppen jetzt noch Modifikationen vornehmen würden. Im Finanzausschuss sei angeregt worden, die Verkehrszonenöffnung insgesamt zurückzustellen. Ohne die Gartenstraße würden aber die anderen Straßen zu stark belastet. RM Aldegarmann meint, dass die Gartenstraße im Hinblick auf die Entwässerung saniert werden müsste.
- d) Herr Visser meint, dass gerade in der Innenstadt die Autos immer widerrechtlich geparkt stünden und nichts dagegen gemacht werde.
- e) Herr Saathoff fragt, warum ein vorhabenbezogener Bebauungsplan für das Bauvorhaben „Düsseldorfer Hof“ aufgestellt würde. AV Ulrichs erwidert, dass Herr Saathoff dieses aus seit seiner langen Praxis bekannt sein müsste, was von diesem bejaht wird. Herr Saathoff führt aus, dass dadurch viele Regelungen wie z. B. Abstandsflächen, außer Kraft gesetzt werden. BG Visser erläutert zur Frage von Herrn Saathoff, dass vorhabenbezogene Bebauungspläne erstellt würden, weil dann der Bauherr die Kosten zu übernehmen habe und nicht die Allgemeinheit dafür zahlen müsse. AV Ulrichs ergänzt, dass ein solcher Bebauungsplan im gegenseitigen Interesse aufgestellt würde, um Einzelfälle zu lösen. Die Stadt bliebe Herrin des Verfahrens.
- f) Herr Saathoff fragt, wer das Urheberrecht zum Fünf-Sterne-Hotel habe. RM Aldegarmann antwortet, dass das Urheberrecht beim Land Niedersachsen liege. Hier sei eine Expertise erstellt worden für ein Fünf-Sterne-Hotel am Standort Norderney. Herr Saathoff fragt, ob diese Expertise öffentlich gemacht werden könne. RM Aldegarmann erläutert, dass das Grundstück damals dem Land Niedersachsen gehörte. Die Expertise sei bereits Zeitungsredakteuren zugänglich gemacht worden.
- g) AV Ulrichs erklärt auf Nachfrage von Herrn Saathoff, dass der Rückfall des Hotelgrundstücks an das Land im Prüfungsbericht des Landkreises fehlerhaft dargestellt worden sei. Es sei vereinbart worden, dass auf die Zahlung des Investitionskostenzuschusses von 2,5 Mio. € vom Land verzichtet und der Stadt dafür der Kaufpreis für das Grundstück überlassen werde. Diese Vereinbarung sei unter der Bedingung vereinbart worden, dass der Kaufpreis gezahlt werde, was bislang noch nicht der Fall sei.
- h) Herr Luttmann fragt, ob es sich bei der Öffnung der Verkehrszonen nur um eine Versuchphase handle. AV Ulrichs antwortet, dass im Grunde die Öffnung auf Dauer angelegt sei, man die neue Situation aber zunächst beobachten wolle. Der Aufwand werde zunächst minimal gehalten. Am Ende des Jahres würden die bisher Beteiligten nochmals in die Bewertung mit einbezogen.
- i) Herr Künzer spricht BG Vollmer an und meint, dass es die Bürger nicht interessiere, ob in der Bülowallee eine Fußgängerzone sei. Es würden dort trotzdem Autos fahren. Es müssten bauliche Maßnahmen ergriffen werden. BG Vollmer meint, dass für den fließenden Verkehr die Polizei zuständig sei. AV Ulrichs verweist darauf, dass bei baulichen Maßnahmen auch die Zuwegung für den Rettungsdienst gewährleistet sein müsse. Etwas mehr an Kontrolle sei dort auch nach seiner Auffassung wünschenswert.
- j) Herr Trebsdorf fragt, inwieweit es eine Verpflichtung gebe für die Betreiber des Altenheimes hinsichtlich der Nutzungsart. AV Ulrichs antwortet, dass nach der Vertragslage eine andere Nutzung des Hauses nicht möglich sei. Es gebe ein vertraglich vereinbartes Heimfallrecht an die Stadt. Dieses greife in erster Linie dann, wenn es zu Pflichtverletzungen des Vertrages kommt oder der Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen gekündigt werde. Auf Nachfrage widerspricht AV Ulrichs Darstellungen in der Presse, dass das Gebäude nicht mehr der Stadt gehöre. Das Grundstück und das Gebäude sei lediglich im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages abgegeben worden.

Schließung der öffentlichen Sitzung

RV Bakker-Dinkla schließt die öffentliche Sitzung.

(Ulrichs)
Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters

(Bakker-Dinkla)
Ratsvorsitzende

(Müller)
Protokollführerin

Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt zur Ratssitzung am 05.02.2008

Seit der letzten Ratssitzung sind erst wenige Wochen vergangen und aufgrund unserer bekannten personellen Situation verbleiben uns zurzeit keine großen Spielräume, um innovativ tätig zu werden oder Projekte anzuschieben, neben denen, die ohnehin schon bearbeitet werden. Der Arbeitsalltag mit seinem laufenden Tagesgeschäft fesselt im Grunde alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Beginnen möchte ich mit einer erfreulichen Nachricht. Im Zusammenhang mit dem Bau der Offshore-Kabeltrasse am Südstrandpolder war auch der Bau eines so genannten „Info- und Multi-Purpose-Pavillons“ am Parkplatz FKK-Strand/Oase geplant. Dieser Pavillon wird künftig der Information und Kommunikation der Offshore-Windenergieanlagen, insbesondere zur Förderung der Akzeptanz der Bautätigkeit an der Kabeltrasse, der Erläuterung der Technik und Umweltverträglichkeit und der Darstellung und Bedeutung von Windenergie als alternativer Energiequelle dienen. Nebenbei werden im Gebäude auch öffentliche Toilettenanlagen entstehen. Im Zuge des Ende 2006 eingetretenen Infrastruktur- und Planungsbeschleunigungsgesetzes und der seitdem in der Verantwortung und Zuständigkeit von E.ON liegenden Kabeltrassenherstellung gab es fortan Unsicherheiten und Zuständigkeitsfragen hinsichtlich der Finanzierung. In der vorletzten Woche konnte bei einem gemeinsamen Treffen in Norddeich eine Einigung erzielt werden. Zehn große Windparkprojektgesellschaften beteiligen sich mit unterschiedlichen Beträgen am Bau des Pavillons am Parkplatz Oase in einer Größenordnung von gesamt über 240 TSD Euro. Die Stadt Norderney übernimmt als Gegenleistung die Unterhaltung des Bauwerks. Wir rechnen mit einer Fertigstellung im Sommer dieses Jahres.

Leider ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass es Verzögerungen bei der Trassenherstellung gibt. Die Stilllegung der Baustelle in Folge der kontaminierten Schlackenfunde wird das Zeitfenster nach hinten um vier bis sechs Wochen verschieben, so dass nicht vor Mitte Mai mit einer Fertigstellung zu rechnen ist. Vorher werden eine Bewirtschaftung des FKK-Strandes und auch der Restauration „Oase“ wahrscheinlich nicht möglich sein. Es wird mit Hochdruck an der Fertigstellung der Trasse gearbeitet. Ob durch Optimierung der Arbeitsabläufe oder vielleicht auch durch die Schaffung von Provisorien zumindest die Zuwegungen zu einem früheren Zeitpunkt hergestellt werden können, wird derzeit untersucht.

Gar nicht weit von der Thematik *Offshore* entfernt liegt das Thema Klimawandel und Küstenschutz, mit dem wir uns in der nächsten Woche beim *Parlamentarischen Abend in Berlin* beschäftigen werden. Ausgerichtet von den Teilregionen Ostfriesland und Schleswig-Holstein der *Euregio-Die Watten*, wird unter Beteiligung der Bundestagsabgeordneten unserer Regionen sowie des Niedersächsischen Umweltministers Sander über die Folgen und Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Küsten und die künftigen Anforderungen an den Küstenschutz, insbesondere auch im Hinblick auf eine Verbesserung der Finanzausstattung, diskutiert werden. Hier zeigt sich deutlich, wie wichtig ein länderübergreifender Verbund wie die Euregio ist, wenn es um gemeinsame Themen wie den Küstenschutz geht.

Gegen die in der Septembersitzung des Rates beschlossene Abberufung als stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied im Aufsichtsrat der Staatsbad Norderney GmbH hatte das Ratsmitglied Moroni gegen den Rat der Stadt Norderney im Rahmen einer Kommunalverfassungsrechtlichen Streitigkeit vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz gestellt. Dieser ist vom Verwaltungsgericht kurz vor Weihnachten des letzten Jahres abgelehnt worden. Gegen diese Entscheidung hat das Ratsmitglied Moroni jetzt vor

dem Oberwaltungsgericht Lüneburg mit einer umfangreichen Begründung Beschwerde eingelegt. Da vor dem Oberwaltungsgericht Vertretungszwang besteht, wird sich der Rat der Stadt Norderney nun auch anwaltlich vertreten lassen – müssen. Auch wenn es das „gute Recht“ eines Ratsmitgliedes ist, sich gegen für ihn nachteilige Beschlüsse zur Wehr zu setzen, hätte ich mir in diesem Fall ein wenig mehr Einsicht gewünscht. Wir kämen sicherlich einen Schritt weiter, wenn wir uns nicht laufend mit uns selbst beschäftigen müssten.

Keine grundlegend neuen Erkenntnisse gibt es zum „Fünf-Sterne-Hotel“. Wir arbeiten zurzeit die vertragliche Basis mit der Firma Tenkhoff Properties GmbH aus. Parallel dazu, dass hatte ich bereits in der letzten Sitzung erwähnt, verschließen wir uns nicht den Bemühungen von Herrn Dr. Jensen, eine gütliche außergerichtliche Einigung zu diskutieren, wobei sowohl der Stadt Norderney als auch den Wirtschaftsbetrieben dabei nur eine Mediatorenrolle zukommen kann. Immer wieder ärgerlich und für mich auch unglaublich ist die Tatsache, dass es in den Reihen des Rates ein unbelehrbares Mitglied gibt, das in dieser Angelegenheit stetigen Kontakt nach Hamburg pflegt. Die Gesprächswelten, in denen wir uns in den letzten Wochen bewegt haben, sind schon kompliziert und wirr genug. Es hilft uns keinesfalls weiter, wenn dann noch zu allem Überfluss aus unserer Richtung quer geschossen wird, was auch immer für eine Intention dahinter stecken mag. Es geht hier nicht in erster Linie um die Weitergabe von vertraulichen Informationen oder die Weitergabe von Interna aus nichtöffentlichen Sitzungen. Daran hat man sich schon fast gewöhnt; ist an dieser üblichen Praxis doch trotz aller gut gemeinten Appelle nichts zu ändern. Wenn ich aber dahinter vermuten muss, dass nicht unbedingt ein Fortkommen in der Sache, sondern daneben die Diskreditierung der Verwaltung und aller in diesem Zusammenhang bisher unternommen Schritte steckt, bekommt die Sache schon einen anderen Beigeschmack. Letztlich wird dadurch nicht nur unsere eigene Rechtsposition in der Sache geschwächt, sondern jeglicher vertrauensvoller Umgang miteinander und Informationsaustausch im Vorfeld zunichte gemacht, auch in anderen Zusammenhängen. (Mir ist inzwischen durchaus bekannt, aus welcher Richtung diese Aktionen kommen. Ich möchte meinen Blick daher auch ganz bewusst in Richtung der Freien Wähler lenken, die sich bisher, wenn auf dieses Thema angesprochen, gerne echnoffierten. Auch die gerne kommunizierte Transparenz, Offenheit und Bürgernähe hat irgendwo seine Grenzen.)

Ein aktuelles Thema, das in diesen Tagen sicherlich allen unter den Nägeln brennt, ist unser Altenheim. Die Wogen sind mal wieder hoch geschlagen und der ein oder andere richtet seinen Fokus auf die Stadt Norderney, nach dem Motto: *ihr müsst doch etwas tun*.

Die Stadt hat sich vor fünf Jahren aus der Trägerschaft des Altenheimes verabschiedet. Nicht, um sich vor der Verantwortung zu drücken, nicht, weil kein Interesse mehr am Wohlergehen unserer alten Mitbürgerinnen und Bürger besteht. Die Betreibung des Altenheimes hatte die Grenzen der Leistungsfähigkeit einer Kommune wie Norderney überschritten. Die damalige Übertragung an die APA GmbH erfolgte in der Überzeugung, dass dort die personellen, sachlichen und fachlichen Voraussetzungen gegeben sind, um den Bestand der Einrichtung dauerhaft zu sichern. Nun möchte ich mir heute nicht anmaßen, die Arbeit und das Engagement der letzten Jahre zum Betrieb und Erhalt des Altenheimes zu beurteilen. Sicherlich sind die äußeren Rahmenbedingungen und Ansprüche an das Haus auch nicht geringer geworden. Eines sollten wir jedoch nicht tun: Die derzeitigen Probleme, die sicherlich begründeten Ängste und Sorgen der Belegschaft, nach außen transportieren und die darüber entfachten Diskussionen in der Öffentlichkeit austragen. Bilder mit Polizeiwagen vor Altenheimen sichern keinen Arbeitsplatz, tragen auch nicht zur Belegungssteigerung bei. Das Haus lebt von der Akzeptanz und dem Zuspruch der insularen Bevölkerung. Das Altenheim hat Potenzial. Es geht derzeit um die Frage, den richtigen Kurs für eine langfristige strukturelle Sicherung zu finden. Solche Prozesse vollziehen sich nicht schmerzfrei. Die Stadt kann im Augenblick nur darauf bauen, dass die neue Geschäftsführung den richtigen Weg finden wird. Aus verständlichen Gründen

können wir uns nicht in die aktuelle Geschäftspolitik einmischen. Eines sei aber festgestellt: Der Betrieb des Altenheimes kann aufgrund der Vertragslage mit der Stadt Norderney nicht „mal einfach so“ aufgegeben werden. Es wird in Kürze einen gemeinsamen Informationsaustausch zwischen der Geschäftsführung und Vertretern aus der Politik geben.

Abschließend aufgrund der Aktualität noch einen Dank an alle Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, die für einen reibungslosen Ablauf der Landtagswahl und dafür gesorgt haben, dass ich am Wahltag abends pünktlich um Acht Uhr Feierabend hatte. Es gestaltet sich zunehmend schwierig, nicht nur bei uns, Freiwillige für diese Aufgaben zu finden. Um so mehr freut es dann, wenn alles planmäßig klappt.

*Zu TOP 13 der öffentlichen Ratssitzung am Dienstag, dem 5. Febr. 2008
– Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2008 sowie des fortgeschriebenen
Investitionsprogramms 2007 - 2011*

Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn wir auf einer Insel leben, wird der Haushalt einer Stadt nicht auf einer einsamen Insel erstellt, sondern mitten im Dschungel unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Haushaltsbestimmende Faktoren können deshalb niemals isoliert betrachtet werden, sondern müssen stets in einen Kontext gestellt werden, in den Kontext der Regional-, Landes- und Bundesentwicklung.

Im Haushaltsjahr 2007 profitierten die Kommunen in Deutschland in bisher kaum gekannter Weise von der außerordentlich guten wirtschaftlichen Entwicklung und einem positiven Zukunftsklima. Der Konjunkturaufschwung hat zumindest die Kommunen erreicht, dadurch kam auch die Stadt Norderney in den Genuss von sprudelnden Einnahmequellen. Die höheren Einnahmen des vergangenen Jahres werden jedoch dazu führen, dass die Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr entfallen. Darüber hinaus kommt im Jahr 2008 die Unternehmenssteuerreform auf uns zu, deren Auswirkungen noch nicht geklärt sind.

Damit sind wir auch schon bei den Kernaussagen zum Haushalt 2008 angelangt. Wir erwarten eine erhebliche Reduzierung der Schlüsselzuweisungen vom Land mit Minus 540 T€ Bei einer gleichzeitig steigenden Finanzausgleichs- und Kreisumlage mit einem Plus von rd. 280 T€führt dies schließlich dazu, dass der Verwaltungshaushalt nur durch eine Zuführungsrate vom Vermögenshaushalt in Höhe von 660 T€ausgeglichen werden kann.

Dennoch lege ich Ihnen einen Haushaltsentwurf ohne jegliche Steuer- und Gebührenerhöhungen und ohne Kreditaufnahme vor. Ausschließlich im Kurbeitrag wird es Veränderungen geben.

Nun zu den Details des Verwaltungshaushaltes.

Für den Verwaltungshaushalt kalkulieren wir rd. 15,9 Mio € Einnahmen und Ausgaben. Gegenüber 2007 entspricht dies einer Erhöhung von 1.490 T€ die im Wesentlichen auf die Entwicklung der kurbeitragsfähigen Kosten und der diesbezüglichen Erlöse zurückzuführen ist.

Weitere wesentliche Grundlagen für die Verwaltung waren:

- Die eigenen realistisch-optimistischen Annahmen über das Steueraufkommen. Auch wenn das Gewerbesteueraufkommen im vergangenen Jahr rd. 2.100 T€ betrug, sind nach derzeitigem Kenntnisstand in diesem Jahr nicht mehr als 1.600 T€ zu realisieren.
- Keine wesentliche Ausweitung der freiwilligen Aufgaben. Diese wurden bereits in den Vorjahren weitestgehend eingeschränkt.
- Reduzierung des Schuldendienstes durch die Sondertilgung Ende 2007. Die jährlichen Zinsausgaben werden damit gegenüber 2002 mit 223 T€ auf die Hälfte in 2008 mit 110 T€ sinken.
- Ein Mindestmaß – wie in den Vorjahren – an Erhaltungs- und Sanierungsaufwand.
- Die Personalkosten einschließlich der budgetierten Bereiche bewegen sich trotz eingeplanter Tarifsteigerung von 3 % mit 2.417 T€ im Rahmen des Vorjahres.

Wie bereits erwähnt, erwirtschaftet der Verwaltungshaushalt ein Defizit in Höhe von rd. 660 T€ Diese Zuführung schmälert den Vermögenshaushalt.

Die Ausgabenschwerpunkte des Vermögenshaushaltes 2008 gliedern sich in sechs Gruppen, und zwar für

- Straßenbau mit einem Planungs- und Bauaufwand von insgesamt 454 T€
- Maßnahmen zur Verbesserung der Abwasserbeseitigung i. H. von 334 T€
- Erwerb von Grundstücken mit 300 T€
- Errichtung eines Offshore-Info-Centers am Parkplatz Oase mit 238 T€ dessen Drittmittelfinanzierung nach zähen Verhandlungen komplett gesichert werden konnte;
- die KGS für Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen und für die Erneuerung eines Biologie- und eines Computerraumes werden Mittel in Höhe von 123 T€ bereit gestellt;
- Kredittilgung mit rd. 210 T€, der Schuldenstand wird im Jahr 2008 weiter sinken auf voraussichtlich 2.427 T€

Beim Rest der Ausgaben im Vermögenshaushalt handelt es sich um eine Anzahl kleiner Maßnahmen.

Der Haushalt des Jahres 2008 enthält, wie bereits erwähnt, keine Neuverschuldung.

Zum Schluss bleibt festzustellen, dass der Ihnen heute zur Beschlussfassung vorliegende Haushaltsentwurf einen „Arbeitshaushalt“ darstellt und über wenig kommunalpolitische Höhepunkte verfügt. Der Haushalt 08 ist dennoch alles andere als 08/15. Vielmehr können wir an den Aufgabenschwerpunkten klar erkennen, dass Straßenbau, Abwasserbeseitigung und Gebäudesanierung und damit die Bestandserhaltung im Vordergrund steht. Kommunalpolitische Gestaltungskraft ist allerdings bei den Schwerpunktthemen Schulen und Museen zu finden.

Der Haushalt 2008 ist frei von Neuverschuldung und gleichzeitig auch frei von Träumereien und Wunschvorstellungen. Der Haushalt 2008 ist solide, ehrlich und realistisch und in diesem Sinne wünsche ich mir, dass der Rat der Stadt Norderney ebenso realistisch und verantwortungsvoll mit diesem Haushaltsentwurf umgeht.

Fach- und Verwaltungsausschuss haben sich eingehend mit dem Zahlenwerk befasst und empfehlen die Annahme sowohl des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts als auch des Investitionsprogramms für 2007 – 2011 und des Wirtschaftsplans des städtischen Eigenbetriebes „Technische Dienste Norderney“ für 2008; ich bitte Sie, der Vorlage ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

Etwas mehr als das erste Jahr dieser Ratsperiode liegt hinter uns. Da Haushaltsreden traditionell auch dazu dienen einmal den Fokus auf die politischen Zusammenhänge zu richten, beginne ich mit einigen Anmerkungen zum zurückliegenden Jahr.

Einige wichtige Aufgaben hat der neue Rat in Angriff genommen. Beim Fünf-Sterne-Projekt haben wir uns von einem Investoren getrennt und mit einem neuen Finanzier zeichnen sich erste positive Entwicklungen ab. Das Kurhaus wird auch ohne die ursprünglich eingeplanten Investorenzuschüsse saniert, die TDN und das städtische Bauamt werden näher zusammengeführt, wenigstens für einige Norderneyer Familien entstehen wieder Häuser, der Kurplatz ist weitestgehend fertig gestellt, die ersten Schritte zu einer besseren Entwässerung der Nordhelmsiedlung sind gemacht, die Wirtschaftsbetriebe haben, zum Teil auch mit dem Geld Norderneyer BürgerInnen, etliche Solarenergieanlagen installiert, ein neuer Feuerwehrgewagen wurde bestellt, die Schule hat einen neuen Biologieraum bekommen ...

Leider aber lässt sich nicht durchweg ein positives Fazit zu den zurückliegenden Monaten ziehen. Ich möchte dabei gar nicht einzelne Fehlentscheidungen herausgreifen, dass aber gerade jene, die für neue Strukturen sorgen wollten so beharrlich an dem althergebrachten Gefüge festhalten, ist erstaunlich und lässt jegliche reformatorische Kraft vermissen. Auch das menschlichere Klima, das sich einige auf die Fahnen geschrieben haben, ist zumindest hier im Rat noch nicht angekommen. Wir jedenfalls werden in den kommenden Wochen und Monaten auf eine Klimaverbesserung hinarbeiten, ohne dabei auf die manchmal notwendigen deutlichen Worte zu verzichten.

Der Vermögenshaushalt der Stadt weist einen Fehlbetrag von 262 Tausend Euro aus.

So war es dem ersten Haushaltsentwurf zu entnehmen, den wir Anfang Dezember im Finanzausschuss beraten haben.

Nach weiteren Beratungen im Haushalts- und im Verwaltungsausschuss liegt uns heute ein mehrfach überarbeiteter Entwurf zur Beschlussfassung vor. Im Ergebnis ist er ausgeglichen. Und das ohne Kreditaufnahme wie im letzten Jahr geplant und auch ohne Immobilienverkäufe wie in den Jahren zuvor.

Die Stadt wird in diesem Jahr und vermutlich auch in den nächsten Jahren keine Defizite beim Staatsbad abdecken müssen. Mit der Erhöhung des Kurbeitrages haben wir das Staatsbad in die Lage versetzt, trotz der enormen finanziellen Belastungen aus den umfangreichen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität, nicht auf städtische Unterstützung angewiesen zu sein.

Interessant sind hierbei die Beratungsverläufe. Obwohl es, neben anderen, Herr Ennen von der CDU ist, dem wir die Kommunalisierungsverträge und die daraus entstandenen Schulden in Höhe von rund 11.000.000 Euro zu verdanken haben, versucht er sich aus der Verantwortung zu stehlen. Er möchte die Hauptsaison erst im Mai beginnen lassen. Für die daraus entstehenden Einnahmeausfälle benennt er trotz mehrfacher Aufforderung keine Gegenfinanzierung. Herr Ennen ein Mindestmaß an Anstand gebietet es doch, wenigstens dafür zu sorgen, dass die Kosten, für die man verantwortlich ist, auch gedeckt werden.

Bemerkenswert auch die Gesprächsbeiträge der FWN zu diesem Thema. Anstatt gemeinsam mit den GRÜNEN an einer Freistellungsregelung für privaten Besuch zu arbeiten und zur Gegenfinanzierung die Einnahmen durch die Erhöhung der Tageskurtaxe zu steigern, beginnen die Freien Wähler, sämtliche Grundlagen der Kurbeitragssatzung in Frage zu stellen. Liebe Freie Wähler, wenn ihr jedes Mal bei Adam und Eva anfangt, kommt ihr vielleicht irgendwann mal bis Noah, die Evangelien, geschweige denn die Offenbarung des Johannes erreicht ihr so - nie.

Wie gesagt, der ursprüngliche Haushaltsentwurf sah eine Unterdeckung in Höhe von 262 Tausend Euro vor. Wir sind froh, dass nach eingehenden Beratungen viele der GRÜNEN Anregungen aufgenommen worden sind und wir jetzt einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vor uns liegen haben.

Nicht ganz gestrichen wurde die HHST Umbau Rosengarten. Allerdings ist auf unsere Anregung hin, diese Position in Höhe von immerhin 83.000 Euro mit einem Sperrvermerk versehen. Das heißt, dieses Geld wird nicht ausgegeben, bevor der Rat für die Maßnahme sein Okay gegeben, oder eine Alternative entwickelt hat. Weite Teile des Rates sind mit uns einig, dass der Rosengarten nicht das Optimum für die Kurzzeitparkplätze darstellt. Konflikte zwischen Taxen, Bussen, Ausflugsbahnen und Parkplatzsuchenden sind dort vorprogrammiert. Eine Toilettenanlage ist angesichts der Nähe zum Kurhaus und zum Haus der Insel ohnehin nicht von Nöten. Falls überhaupt benötigt, wären die Parkplätze am Deich vor dem Argonnerwäldchen als Kurzzeitparkplatz eine Alternative.

Einen Schreck bekamen die Mitglieder des Haushaltsausschusses während der zweiten Beratung, als aus der SPD Fraktion heraus die Frage kam, ob denn überhaupt noch über den vorliegenden Entwurf beraten werden müsste, oder ob durch die Geschehnisse in der Gartenstraße das vorbereitete Zahlenwerk bereits überholt sei. --- Fragende Gesichter, nicht nur bei den anderen Fraktionen, sondern auch bei der Verwaltung. Das ganze klärte sich auf, als Herr Terfehr erläuterte, dass es einen massiven Rohrbruch gegeben habe, der die Stadt vor die Frage stellt, die Gartenstraße sofort als Ganzes zu sanieren. In der Tat hatte eine Versackung der Straße die TDN und auch die Stadtwerke bereits den ganzen Tag in Atem gehalten, nur war die Verwaltung darüber und über mögliche Konsequenzen für den städtischen Haushalt nicht informiert worden. Wären in Zukunft die städtischen Betriebe unter einem Dach mit der Stadtverwaltung untergebracht, hätte Herrn Terfehres Frage beantwortet werden können. Unter den inzwischen beschlossenen Bedingungen der getrennten Verwaltungsstandorte natürlich nicht. Denn niemand setzt sich in

einer solchen Stresssituation hin, greift zum Telefonhörer oder schreibt eine Mail. Nur eins von vielen Beispielen, warum es für die Stadt und Ihre Betriebe wichtig ist, näher zusammenzurücken.

In der gleichen Sitzung des Haushaltsausschusses wurde über die Anstellung eines „Ordnungsbeamten“ diskutiert. Die GRÜNEN sprachen sich übrigens, entgegen dem Verwaltungsentwurf, der eine 7-monatige Beschäftigung vorsieht, für eine jährliche Beschäftigungsdauer von wenigstens 8 Monaten aus, da diese Kraft ansonsten auf Hartz IV angewiesen sein würde. Die SPD schlägt vor, den Ordnungsbeamten auch in der Zeit „zwischen den Jahren“ zu beschäftigen, um das große Problem des zu vielen Verkehrs und des damit verbundenen Problems der parkenden Autos, Herr zu werden. Liebe Ratsmitglieder, die Sie bislang gegen eine Wiedereinführung des Fahrverbots in der Innenstadt über den Jahreswechsel ausgesprochen haben: es ist besser das Problem zu beseitigen, als hier nach einem Angestellten zu rufen, der dann Knöllchen verteilt? Unsere Aufgabe als Rat ist es nicht, die Probleme zu verwalten. Unsere Aufgabe als Rat ist es, Probleme zu lösen. Dies gilt allerdings nicht nur für die Politik hier im Rathaus, sondern auch für die städtischen Unternehmen.

Im Januar haben wir im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe die Wirtschaftspläne der dort zusammengeführten Betriebe beraten. Seit Jahren schmelzen die Gewinne im Bereich der Wasserwirtschaft dahin. Erstmals werden die Wirtschaftsbetriebe in diesem Jahr hier sogar ein Defizit erwirtschaften. Ausschlaggebend hierfür ist größtenteils die anstehende Sanierung des Wasserturms. Die Sanierungsbedürftigkeit ist allerdings seit längerem absehbar gewesen. Auf eine Rücklagenbildung wurde jedoch verzichtet. Jetzt werden wir ggf. noch dieses Jahr handeln und den Wasserpreis anheben müssen.

Zu den bislang ungelösten Problemen gehört auch das jährliche Defizit der FLUHANEY. Es beläuft sich seit Jahren im Schnitt auf 40.000 Euro jährlich.

Auf ständiges Drängen der GRÜNEN war die FLUHANEY aus städtischer Verwaltung schon vor einigen Jahren an die

Wirtschaftsbetriebe abgegeben worden. Wir hatten erwartet, dass durch die Wirtschaftsbetriebe hier wirtschaftlichere Lösungen angegangen werden. Geschehen ist bei den Wirtschaftsbetrieben hierzu in den letzten Jahren allerdings gar nichts. Das Defizit ist konstant geblieben. Es wird von den Wirtschaftsbetrieben ausgeglichen. D.h., von den Geldern, die im Bereich des Energiehandels und der Mieten erwirtschaftet werden, müssen Teile als Verlustausgleich in die FLUHANEY gesteckt werden. Bei ca. 5000 Flugzeugen die Norderney im Jahr besuchen, lässt sich sehr leicht errechnen, dass man im Schnitt nur 8 Euro mehr pro Flugzeug verdienen muss, um den Flugplatz auf eine schwarze Null zu bringen. Bei Landegebühren zwischen 10 und 50 Euro sollte das möglich sein. Vielleicht schafft es Herr Ennen, als Geschäftsführer der Luftsportgruppe, dann ja bei Beratung und Abstimmung über eine solche Gebührenerhöhung, mal nicht an der Aufsichtsratsitzung mitzuwirken. Der Bürgermeister ist inzwischen vom Aufsichtsrat beauftragt worden, eine neue Preispolitik voranzutreiben.

Weitere Aufgaben liegen in den nächsten Jahren vor uns. Dazu gehören die Sanierung des Hauses der Insel, die Unterstützung zur Schaffung von wirtschaftlicheren Strukturen im Nationalparkhaus, die Sanierung der Straßen zum Leuchtturm, ohne dass diese zu Autorennstrecken verkommen, dazu gehört aber auch Lösungen zu finden für den demographischen Wandel, der sich auch auf Norderney abzeichnet. Bspw. werden die Schulen auf absehbare Zeit weniger SchülerInnen haben und die Wohnungsgesellschaft wird mehr seniorengerechte Wohnungen brauchen. Entwicklungen, die von Norderney noch viel Engagement und viel finanziellen Aufwand fordern werden.

Natürlich gibt es auf Norderney weitere Aufgaben als die, die durch den vorliegenden Haushalt und die Wirtschaftspläne unserer Betriebe in Angriff genommen werden. Die Entwicklungen im Altenheim fordern unsere Aufmerksamkeit. Der Krankenhausförderverein bekommt bereits einen Zuschuss und ansonsten sind alle Fraktionen gefragt, ihren Ansprechpartnern in Hannover und Anderenorts, die Notwendigkeit eines Inselkrankenhauses deutlich zu machen.